

Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Endenich und Weststadt

März 1987

Wächst der Müllberg weiter? Müll vermeiden kann jeder Bürger

Bonner Müllpolitik heißt bisher: die Stadt hält unbeirrt an ihrem Müllverbrennungskurs fest. Konsequente Müllvermeidungs- und Müllrecyclingkonzepte sind nicht in Sicht. Wir als Endenicher sind von der geplanten Müllverbrennungsanlage besonders betroffen. Wir meinen, daß jetzt das Engagement der Bürger gefordert ist. Informationen und Aktionen zum Thema Müll werden daher auch für die Endenicher SPD in diesem Jahr einen Schwerpunkt ihrer Arbeit bilden.

Die Gefahren der Müllbeseitigung sind inzwischen zur Genüge bekannt.

Die bestehenden Mülldeponien sind chemische Zeitbomben, die neben Belästigung durch Gasbildung, Ungeziefer, Papierflug insbesondere eine Gefahr für das Grundwasser darstellen.

Verbal besteht Einigkeit, daß Müllvermeidung und Müllverwertung Vorrang vor Müllbeseitigung haben müssen, die Taten jedoch lassen auf sich warten.

Der wirkungsvollste Ansatzpunkt, die Gesetzgebung des Bundes, bleibt ein Papiertiger. Zwar besteht nach § 14 Abfallbe-



Übrigens:

Nun sind sie also abgeschlossen, die Koalitionsverhandlungen zwischen den bei der Januarwahl noch einmal davongekommenen CDU, CSU und FDP. Nach dem großen Ausklammern der Inhalte hat Kanzler Kohl jetzt auch sein neues Kabinett zusammengestellt.

Er, der bisher als Pannenkanzler in die Geschichte dieser Republik eingegangen ist, hat dabei seine schützende Hand über alle die gehalten, die ihm im Produzieren von Pannen nicht nachstanden.

Herausgekommen ist dabei wieder mal ein Gruselkabinett.

Manfred Wörner, trotz Afäre Kießling und MAD-Schlampereien nicht ins Straucheln gekommen, darf weiter unser aller Verteidigung organisieren.

Schwarz-Schilling, mehr durch Umweltverschmutzung als durch sinnvolle politische Taten in Erscheinung getreten, darf als Postminister weiter Milliarden sinnlos in die Erde verbuddeln.

Friedrich Zimmermann, der große Ankündigungsminister, dem die Verantwortung für den Umweltschutz schon vor einiger Zeit wegen mangelnder Erfolge entzogen wurde, darf auch weitermachen. Fast hätte Franz Josef ihn selbst aus dem Kabinettsverkehr gezogen.

Sein Umweltachfolger (mein Gott-) Walter Wallmann mußte Minister bleiben, weil er doch Hessen retten soll.

Und dann die Neuen! Jürgen Möllemann (Strauß: Riesenstaatsmann Mümmelmann) wird mit dem Fallschirm ins Bildungsministerium einschweben.

Hans (Jonny) Klein hat auch schon gesagt, wie er sich Entwicklungspolitik vorstellt: Die Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Rassensystem wird fortgesetzt.

Wir können uns also noch auf einiges gefaßt machen!

Abfälle – woher? – wohin?

Jährlich angelieferte Mengen (öffentliche Abfallbeseitigung)
84,8 Millionen Tonnen in der BR Deutschland

Hier entstanden:

Industrie-
müll

Klär-
schlamm
u.ä.

Bodenaushub, Bauschutt
45,5

Haus-, Sperrmüll u.ä.
32,4

1,4 sonstiges

Hier beseitigt:

Mülldeponien
48,9

Bauschutt-
deponien
27,3

0,5 Kompo-
stierungs-
anlagen

Verbrennungs-
anlagen Sondermüll-
deponien u.ä.



Stand: 1980

Müllverbrennungsanlagen emittieren zahlreiche Schadstoffe, darunter Chlor und Flurwasserstoff, Schwefel, Schwermetalle (Quecksilber, Blei, Cadmium) und Dioxine. Diese Luftverunreinigung kann zwar durch Rauchgasreinigung verringert werden, zurück bleiben aber hochgiftige Filterstäube, die wie die gleichfalls anfallende Schlacke deponiert werden müssen.

Fazit: Wir haben die Wahl zwischen Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung oder Müllvermeidung.

seitigungsgesetz die Möglichkeit, zur Vermeidung und Verringerung von Abfall Verordnungen zu erlassen, davon wurde aber noch nie Gebrauch gemacht.

Auf lokaler Ebene das gleiche Bild: halbherzige Ansätze eines Recycling, von Müllvermeidung keine Spur. Weitergehende Vorschläge der SPD z.B. zur Biotonne, wurden abgelehnt.

Angesichts dieser vornehmen Zurückhaltung der politisch Verantwortlichen bleibt dem Bonner Bürger nur die Möglichkeit, sein Müllschicksal selbst in die Hand

zu nehmen: zum einen insbesondere aktiv Müllvermeidung zu betreiben, zum anderen Druck auf Verwaltung, Produzenten und Handel auszuüben.

Müllvermeidung beginnt beim Einkauf. Abfallbewußtes Einkäufen ist eine der wichtigsten "Waffen" des Einzelnen, die gleichzeitig indirekt Druck auf Produzenten und Handel ausübt.



Kaufen Sie reparaturfreundliche und langlebige Produkte (bei der Verbraucherberatung informieren) und verzichten Sie auf Erzeugnisse in Einwegverpackung.

Bevorzugen Sie Produkte mit dem blauen Umweltengel des Umweltbundesamtes (Vorsicht vor Nachahmungen).

Schränken Sie den Kauf von Sondermüllartikeln ein (Pflanzenschutzmittel und Insektengifte, Farben, Lacke, Lösungsmittel), oft gibt es umweltfreundliche Alternativen.

Achten Sie auf umweltfreundliche Verpackung, denn Verpackung macht die Hälfte unseres Hausmülls aus.

Kaufen Sie nach Möglichkeit unverpackte Waren (Obst, Gemüse), ziehen Sie Papier- und Glasverpackungen den Plastik- und Metallbehältnissen vor.

Kaufen Sie Getränke in Mehrwegflaschen, boykottieren Sie Getränkedosen und Spraydosen mit umweltschädlichem Treibgas.

Vermeiden Sie mehrfach verpackte Waren. Finden Sie nichts anderes, lassen Sie überflüssige Verpackung gleich im Laden.

Nehmen Sie zum Einkauf ihre Tasche oder ein Netz mit, Plastiktüten belasten die Umwelt.

Was aber geschieht mit dem Müll, der dann immer noch entsteht. Bisher wanderte er in den meisten Fällen einfach in die Mülltonne.

Aber auch das ist der falsche Weg. Unser Hausmüll enthält ja noch zahlreiche wertvolle Rohstoffe. Hier kann die zweite Maßnahme des Einzelnen wirkungsvoll ansetzen.

Sammeln Sie ihren Hausmüll möglichst getrennt, sortieren Sie Papier, Glas und Aluminium aus und geben es zur Altpapierabfuhr oder in die besonderen Sammelbehälter.

Wenn Sie einen Garten haben, kompostieren Sie organische Küchen- und Gartenabfälle selbst. Ein sachgemäß angelegter und gewarteter Komposthaufen stinkt überhaupt nicht und bietet Ihnen zusätzlich kostenlosen und umweltfreundlichen Dünger.

So manchen Gegenstand, den man nicht mehr haben will, kann man verkaufen oder verschenken, z.B. durch eine Anzeige oder direkt auf dem Flohmarkt. Das macht noch Spaß dazu!

Wenn Sie alle diese Tips beachten, springt auch ein Vorteil für Sie heraus. Wenn sich durch die erfolgreiche Reduzierung die Menge ihres Hausmülls merklich verkleinert hat, können Sie auch bares Geld sparen: Sie können dann beim Stadtreinigungsamt (Lieveilingsweg 110) eine kleinere Mülltonne beantragen. Und die kostet weniger Gebühren.

Die Endenicher SPD wird Sie in den nächsten Monaten weiter über dieses Thema informieren. Darüberhinaus laden wir Sie ein, an gemeinsamen Aktionen zur Müllvermeidung und Müllverwertung teilzunehmen.



Schon ganz süchtig waz-Zeichnung: Frank Cerny

Verkehrsverbund hat Vorrang SPD: Preiserhöhung ist falsch

Sie hat ihn nie gewollt, den neuen Verkehrsverbund Rhein-Sieg. Nun sah die CDU plötzlich einen Weg, das ungeliebte Kind doch noch loszuwerden und die Schuld für das Scheitern der SPD in die Schuhe zu schieben. Aber damit ist sie auf den Bauch gefallen. Der Verkehrsverbund kommt!

Die SPD-Landesregierung hatte den Verbund nachdrücklich gefordert. Wie in anderen Regionen der Bundesrepublik auch sollte er dazu beitragen, daß die einzelnen bisher voneinander unabhängigen Nahverkehrsunternehmen ihr Angebot besser aufeinander abstimmen und so das Angebot für den Kunden verbessern.



Die Bonner SPD hat sich für den Verbund ausgesprochen, zumal er manche strukturelle Verbesserungen gegenüber dem augenblicklichen Zustand beinhaltet.

Das ganze hatte nur einen Haken. Die Einführung des Verbundes sollte gekoppelt werden mit einer Anhebung der Fahrpreise. Diese Maßnahme hält die Bonner SPD für falsch.

"Fahrpreiserhöhungen von 10% sind ein schlechter Start für den Verkehrsverbund", meint SPD-Fraktionsvorsitzender Dieter Witte.

Sie führen im jetzigen Zeitpunkt bei niedrigen Benzinpreisen zu einer weiteren Abwanderung von Bus und Bahn und damit zum Ansteigen des Individualverkehrs.

Durch die niedrigen Kraftstoffpreise der letzten 1 1/2 Jahre hat sich die Kostensituation für die öffentlichen Verkehrsbetriebe günstig entwickelt.

Hinzu kommt, daß das Land Nordrhein-Westfalen wie kein zweites Bundesland in vorbildlicher Weise den öffentlichen Nahverkehr mit großzügigen Zuschüssen fördert.

Alein aus dem Investitionshilfeprogramm des Landes werden jährlich 67 Millionen DM gewährt. Der Verkehrsverbund Rhein-Sieg erhält in den nächsten 10 Jahren 17,4 Millionen DM jährlich. Die Stadtwerke Bonn profitieren davon nicht unerheblich.

Die ablehnende Haltung der Bonner SPD zu den Tarifierhöhungen ist also rein sachlich begründet und hat mit einer von der CDU unterstellten Gegnerschaft zum Verkehrsverbund nichts zu tun.

Nun stellte sich in der entscheidenden Gesellschafterversammlung des Verbundes heraus, daß andere beteiligte Kommunen und Kreise das Ja zum Verkehrsverbund mit einem Ja zur Tarifierhöhung gekoppelt hatten. Ohne Preiserhöhung war der Verkehrsverbund nicht zu haben.

Hier hoffte nun die Bonner CDU, die SPD vorschicken zu können. Würde die die Preiserhöhung ablehnen und damit den Verbund scheitern lassen, würde sie eben-

so stimmen. Vorteil: sie könnte der SPD die Schuld am Scheitern des Verbundes in die Schuhe schieben, das sie selbst immer gewollt hat.

Dieses Spiel hat die SPD nicht mitgemacht. Sie war sich ihrer Verantwortung für das Zustandekommen des Verkehrsverbundes bewußt und hat schweren Herzens die "Kröte" Tarifierhöhung geschluckt.

Die Taktik der CDU ging damit ins Leere, sie hat einmal mehr mit den Interessen der Bürger gespielt.

Zentrum stärken

Der Standort Endenich als örtliches Einkaufszentrum muß nach Auffassung der Endenicher SPD gestärkt werden.

Dazu gehört, daß alle Maßnahmen, die eine einseitige Ausrichtung auf das Stadtzentrum zur Folge haben, unterbleiben.

So ist der Bau der zweiten Viktoriabrücke und in Verbindung damit der Bau der Tiefgarage am Friedensplatz eine Maßnahme, die weitere Kaufkraft aus Endenich abziehen wird.

Diese Maßnahme ist wegen der zusätzlichen Verkehrsbelastung für die Innenstadt von großem Nachteil. Hinzu kommt, daß Endenichs Einkaufszentrum weiter geschwächt wird.

Die SPD tritt stattdessen für die Stärkung ortsnaher Einkaufsmöglichkeiten ein. Dies gilt für Endenich in besonderem Maße, da die Endenicher Geschäftsleute einerseits dem Sog der Innenstadt ausgesetzt sind, und zum anderen in Richtung Westen in Duisdorf ein attraktives Einkaufszentrum vorhanden ist.

Neben guten Einkaufsmöglichkeiten in der City ist deshalb die Stärkung der Subzentren eine vordringliche Aufgabe.

Hierdurch werden im Interesse der Bürger ortsnahe Einkaufsmöglichkeiten geboten, andererseits aber zusätzlicher, auf die Innenstadt gerichteter Verkehr vermieden und nicht zuletzt der Einzelhandel in den Subzentren wirtschaftlich gestärkt.

Polizei in Endenich

Der von der SPD gestellte Antrag, in Endenich einen Polizeiposten bzw. eine Polizeiwache einzurichten, ist vom Hauptauschuß des Rates einstimmig verabschiedet worden.

Die ortsnahe Präsenz der Polizei ist für das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Polizei unbedingt notwendig.

Es reicht nicht aus, daß ein für den Bereich Endenich zuständiger Polizeibeamter auf der ortsfernen Citywache an der Bornheimer Straße sitzt und dort gelegentlich Sprechstunden für die Bürger abhält.

Wichtig ist das Erscheinen der Polizei vor Ort und der ständige Kontakt zu den Bürgern.

Eine solche Funktion kann die Polizei nur erfüllen, wenn sie auch ständig in Endenich tätig ist.

Kassiert wird nach den Wahlen

Die Zeche zahlen wieder die Kleinen

Nach Abschluß der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP über die geplante Steuerreform zeichnet sich eine Umverteilung von unten nach oben ab. In dem vierzehntägigen Gehäkel setzten sich dank Kohl die Herren Strauß und Bangemann mit ihrer Forderung nach Senkung des Spitzensteuersatzes von 56 auf 53½ durch. Damit ist klar, wer 1990 den großen Schnitt macht.

Zwar steht der Senkung des Spitzensteuersatzes am unteren Ende der Steuerskala ebenfalls eine Senkung um 3½ entgegen - von 22 auf 19½ soll der Eingangsteuersatz fallen - sowie eine Anhebung des Grundfreibetrages um 1080/2160 DM auf 5616/11232 DM (Ledige/Verheiratete) und des Kinderfreibetrages um 540 DM, es bleibt aber mehr als fraglich,

diener und nicht einmal das Nötigste für die breite Mehrheit der Bürger.

Erst, wenn sie bei den anstehenden Wahlen ihr Kreuzchen an die "rechte" Stelle gemacht hat, soll eben diese breite Mehrheit erfahren, wer zu bezahlen hat: nämlich sie, besonders die Arbeitnehmer.



ob die Verdienner niedrigerer Einkommen 1990 wirklich in den vollen Genuß der Steuerleichterungen kommen.

Ein verheirateter Arbeitnehmer mit 40000 DM Bruttoeinkommen im Jahr würde nur um ca. 950 DM entlastet, ein Einkommensmillionär aber um das ganze Jahresgehalt dieses Arbeitnehmers.

Stellt sich schon hier die Frage nach Steuergerechtigkeit, d.h. nach sozialer Gerechtigkeit, so wird ihre Beantwortung der Wendekoalition erst recht dann schwer fallen, wenn sie über die Finanzierung ihrer Versprechen reden soll.

Denn ihr zweiwöchiger, aus Angst vor den anstehenden Hessenwahlen nur mühsam geschlichteter Streit ließ im Dunkeln, wie 19 von insgesamt 44 Milliarden Marktsowieviel kostet das Projekt - aufgebracht werden sollen.

Erst im Herbst, nachdem alle diesjährigen Landtagswahlen gelaufen sind, möchten Kohl, Bangemann und Strauß ihre Rechnung präsentieren. So lange also wollen Sie mit ungedeckten Schecks vor der Nase des Bürgers herumwedeln, um dann eingestehen zu müssen, was Hans-Jochen Vogel prognostiziert: Kennzeichen des Steuersenkungsteils der Koalitionsbeschlüsse sind massive Steuergeschenke für Spitzenver-

Wenn die Mehrwertsteuer und die Verbrauchssteuern erhöht werden, wenn Arbeitnehmerfreibetrag und Weihnachtsfreibetrag wegfallen, wenn Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit wie auch Personalrabatte für Arbeitnehmer künftig zu versteuern sein werden, dann wird den meisten aus der einen Tasche mehr genommen werden, als man ihnen nun verspricht, in die andere hineinzustecken.

Unter diesen Aspekten bleibt von seinem "Jahrhundertwerk", wie Kohl die Steuerreform gerne nennt, unter dem Strich nur für wenige viel.

Für alle anderen ist es im besten Fall eine noch nicht auskalkulierte, normale und zudem überfällige Steueranpassung, ein teures Windel, das als Dauerwahlversprechen zuerst den hessischen Wählern ins Nest gelegt werden soll.

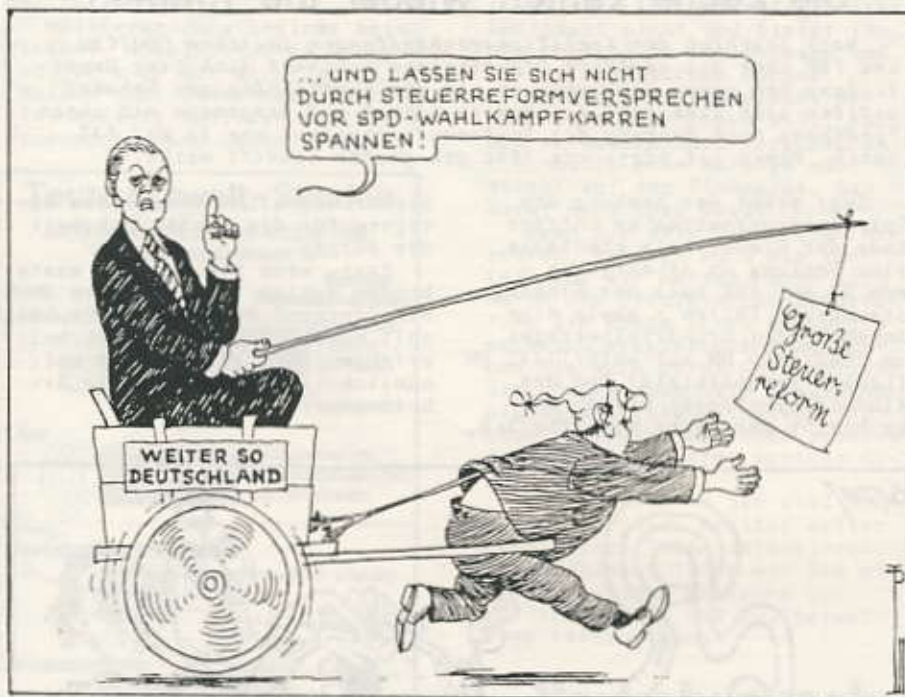
Spieleabend

Wir hatte unsere Leser schon einmal gefragt: Sind Sie interessiert, sich hin und wieder mit Gleichgesinnten zu gemeinsamem Spiel zusammenzufinden?

Nun ist es soweit! Jeden Donnerstag findet ab 20 Uhr in der

Gaststätte Bauernstube in Endenich gerne mitgebracht werden. Also: Spielfreunde von Endenich, vereinigt Euch!

ein Spieleabend statt. Jeder kann das spielen, wozu er Lust hat. Phantasie und Vorschläge können



CDU stört weiter den Schulfrieden

Nach Auffassung des schulpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, Manfred Dammeyer, blockiert die CDU Bildungswege der Jugendlichen. Dammeyer bezieht sich auf einen CDU-Antrag im Ausschuß für Schule und Weiterbildung, der zur verabschiedungsreifen Rechtsverordnung für eine "Berufsfachschule mit gymnasialer Oberstufe" eine Anhörung verlangt. Damit nimmt die CDU in Kauf, daß diese Schulen nicht mehr zum Schuljahresbeginn ihren Betrieb aufnehmen können.

Zum Schuljahresbeginn 1987/88 sollten die "Berufsfachschulen mit gymnasialer Oberstufe für Wirtschaft und Verwaltung" (früher Höhere Handelsschule mit gymnasialem Zweig) und die "Berufsfachschule mit gymnasialer Oberstufe für Technik" angeboten werden. Solche Schulen, die von Lehrerverbänden ebenso gefordert werden wie von der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, gibt es in anderen Bundesländern bereits als sogenannte "berufliche Gymnasien". In Baden-Württemberg kommen fast ein Viertel, in Schleswig-Holstein 13 Prozent der Abiturienten aus solchen Schulen.

"Bereits zur Gesetzesberatung zum Schulverwaltungsgesetz hat es zu exakt derselben Materie eine ausführliche Anhörung im Landtag gegeben", stellt Manfred Dammeyer fest. Der Kultusminister habe 1986 alle Beteiligten zur Rechtsverordnung angehört.

Das Verlangen der CDU nach einer neuerlichen Anhörung ist grotesk. Zu Lasten der Schulträger, der beruflichen Schulen und vor allem zu Lasten der Schüler wird hier wieder einmal ein politisches Süppchen gekocht. Auch an diesem Beispiel wird deutlich, daß die CDU kein Mittel scheut, den Schulfrieden zu stören um der öffentlichen Auseinander-

setzung willen.

"Mit ihrer Blockade macht die CDU zudem deutlich, daß die auch von ihr propagierte Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung nichts als ein heuchlerisches Lippenbekenntnis ist", so Manfred Dammeyer. Offenbar sollen die Interessen nordrhein-westfälischer Schüler den Schulkriegsstrategien anderer Bundesländer geopfert werden.



So greifen Kohl und Blüm in unsere Tasche

Frühjahrsputz

Das Meßdorfer Feld muß in seiner jetzigen Form erhalten bleiben, es darf nicht weiter bebaut werden. Darin sind sich die Endenicher einig, wie wir bereits berichtet haben.

Allein bei der Fragebogenaktion der SPD im vergangenen Jahr beteiligten sich etwa 200 Bürger. Ein einziger davon sprach sich für eine weitere Bebauung aus.

Wir wollen das Feld aber nicht nur erhalten, wir wollen es auch sauber halten. Deshalb führen wir am Samstag, den 28. März ab 14 Uhr einen Frühjahrsputz auf dem Meßdorfer Feld durch.

Alle Endenicher, die ihr Feld lieben, sind herzlich dazu eingeladen, mitzumachen. Näheres erfahren Sie aus der Tagespresse.

Rat und Hilfe

Brauchen Sie Rat oder haben Sie Anregungen und Tips, Ihre Ansprechpartner in Endenich und Weststadt sind:

HORST BACHMANN, Stadtverordneter, Tel: 612220

DIETER WITTE, Stadtverordneter und SPD-Fraktionsvorsitzender Tel: 623382

GISELA HAAS, Mitglied im Schulausschuß, Tel: 625256

Veranstaltungssaal

Gerade in der eben vorübergegangenen Karnevalszeit ist wieder besonders deutlich geworden, wie dringlich der Ausbau der alten Turnhalle in der Frongasse zu einem geeigneten Veranstaltungssaal ist.

In Endenich gibt es fast 20 Vereine, die für ihre gesellschaftlichen Veranstaltungen keine Räume haben. Die SPD wird sich weiter, mit Unterstützung durch den Ortsausschuß, für den Ausbau der alten Turnhalle einsetzen.

Die von der Verwaltung errechneten Baukosten von einer Million DM (???) sind kein Argument gegen diese von der SPD initiierte Veranstaltungshalle. Da die alte Turnhalle unter Denkmalschutz steht, sind ohnehin hohe Kosten für den Erhalt dieses Gebäudes aufzuwenden. Daher ist es sinnvoller, diese Halle auch zu nutzen.



Erscheinungsweise:
Viermal jährlich

Auflage: 7.300
Druck: Eigendruck

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion in
Zusammenarbeit mit dem
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:
Klaus Stöppler (verantw.)
Eva Günther-Berger, Gisela
Haas, Ute Kiltz, Gisela Roth

Redaktionsanschrift:

ROTKEHLCHEN c/o Klaus Stöppler
Weberstraße 55 5300 Bonn 1
Telefon: 225156